

SHORT NEWS

Panama Papers: un « calcul politique » ?

(lc) - Le rapport de la commission d'enquête Pana - créée par le Parlement européen suite à la publication des Panama Papers - ne présageait rien de bon pour le grand-duché. Notamment parce que les instances luxembourgeoises ne se sont pas montrées très coopératives lors du passage de ladite commission d'enquête. Alors rien d'étonnant qu'après la publication du rapport final cette semaine, une poignée d'eurodéputé-e-s aient demandé une révision de la liste noire présentée la semaine dernière par le Conseil européen. Une liste déjà critiquée par plusieurs institutions, dont la Commission européenne, entre autres parce qu'elle n'inclut aucun pays membre de l'Union. Par contre, l'idée que le Luxembourg, avec les Pays-Bas, l'Irlande et Malte, devrait faire partie de cette liste noire est incompréhensible pour le premier ministre Xavier Bettel, qui dans un de ses rares briefings a qualifié ces revendications de « calcul politique ». Un message aussitôt porté à la radio publique 100,7 où Georges Bock, chef de la fiscalité dans le département fiscal du Big Four KPMG, a fait entendre le même son de cloche et a demandé aux député-e-s de clarifier leurs revendications.

Crac ! L'ostéopathie reconnue par la coalition

(lm) - « En l'absence d'une telle réglementation, tout le monde pourrait se déclarer ostéopathe », c'est une des raisons avancées par la ministre de la Santé Lydia Mutsch mardi dernier, lors de la présentation des nouvelles dispositions sur l'exercice de l'ostéopathie. En fait, le titre d'ostéopathe sera intégré à la loi gouvernant les professions de santé distinctes de celle de médecin. Pour pouvoir exercer, les ostéopathes doivent en principe avoir une formation de niveau master et respecter certaines règles, notamment concernant la collaboration avec les médecins. En 2013, l'opportunité d'une telle réglementation avait fait consensus entre les trois partis et avait été reprise dans l'accord de coalition. Dans leurs programmes électoraux, les trois partis s'étaient d'ailleurs prononcés sur les « médecines non conventionnelles », le DP insistant notamment sur la différenciation par rapport à la médecine conventionnelle. Quant au remboursement des prestations de l'ostéopathie, seuls les Verts l'avaient revendiqué, au même titre que pour d'autres thérapies complémentaires. Ils ont réussi à faire inscrire dans l'accord de coalition que le gouvernement « oeuvrerait » à faire rembourser ces thérapies. Une proposition endossée par la ministre, appuyée depuis longtemps par l'OGBL et qui devra être concrétisée au niveau de la Caisse nationale de santé, gérée sur un mode quadripartite.

woxx@home

Postkutschen-Nostalgie

„Nichts ist so alt wie die Zeitung von gestern“ lautet ein vielgebrauchter Journalist*innenspruch. Auch die woxx enthält an ihrem normalen Erscheinungstag - Freitag - Informationen, die für den sofortigen „Konsum“ gedacht sind, und seien es nur die Angaben im Kulturkalender, der das tägliche Angebot ab Freitag bis zum nächsten Wochenende vorstellt. Umso frustrierender für die Leser*innen (aber auch das woxx-team) wenn die Zeitung erst am Montag - oder sogar überhaupt nicht - eintrifft. Das war in den vergangenen Wochen häufiger der Fall und bei einigen Abonnent*innen sogar wiederholt. Als Ursachen nennt die Post nicht genauer spezifizierte Umstrukturierungen in ihrem Vertriebssystem. Schön und gut. Aber das Verteilen einer (Wochen-)Zeitung ist doch eigentlich ein regelmäßig sich wiederholender Vorgang, der auf altbewährten und allen Beteiligten bekannten Verfahren beruht. Er klappte schon im Postkutschenzeitalter, nach dem wir uns nach diesen Erfahrungen nachgerade zurückzusehen beginnen.

AKTUELL

FOTO: MARTIN RAMSEY



Eine Carbon Capture and Storage-Anlage in Kanada.

UMWELTSCHUTZ

Leicht kurios

Joël Adami

Die Subventionen für Firmen, die Umweltschutzmaßnahmen ergreifen, wurden überarbeitet. Dabei gibt es einige Ungereimtheiten.

Am Donnerstag wurde im Parlament ein von der Öffentlichkeit wenig beachteter Gesetzesvorschlag zur Subvention von Umweltschutzmaßnahmen absegnet. Er kam aus dem Wirtschaftsministerium und war etwas irreführend betitelt. Denn bei Licht besehen kommt der Großteil der Subventionen nicht dem Umwelt-, sondern dem Klimaschutz zugute. Die Zielbeschreibung kam ebenfalls großspurig daher: So wird erklärt, mit den staatlichen Beihilfen werde der Sektor der Umwelttechnologien entwickelt, die Wirtschaft „grüner“ gemacht, Arbeitsplätze würden geschaffen und eine effiziente Kreislaufwirtschaft in Gang gebracht.

Subventionen für Carbon capture and storage?

Dabei sind die meisten dieser Subventionen nicht neu, sondern werden bereits seit 2010 gewährt. Sie werden jetzt lediglich angepasst und erweitert, auch weil auf EU-Ebene neue Regeln für solche Subventionen gelten. Konnten bisher nur große Firmen von den Beihilfen profitieren, kommen nun auch Einzelunternehmer*innen in ihren Genuss. Aber auch für große Firmen haben sich die Chancen, Subventionen zu erhalten, verbessert. Sie können sich nun auch die vorzeitige Anpassung an EU-Normen, die künftig in Kraft treten werden, subventionieren lassen. Bisher war dies nur kleinen und mittleren Unternehmen möglich. Beim Fahrzeugkauf können je nach Unternehmensgröße sogar 40 bis 60 Prozent der Mehrkosten erstattet werden. Auch Investitionen, die über EU-Standards hinausgehen, werden weiterhin subventioniert. Genauso wie Energiesparmaßnahmen,

Hochleistung-Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen, Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen und Umweltstudien.

Neu sind hingegen die Maßnahmen zur Förderung der energetischen Gebäudesanierung, der Bodensanierung, der Fernwärme- und -kältenetze, des Recycling und der Energieinfrastrukturen. Besonders die beiden letzten Punkte sind interessant, denn dort verstecken sich pikante Details. Unter den Energieinfrastrukturen sind auch sogenannte „Carbon capture and storage“ (CCS)-Anlagen erwähnt. Beim CCS wird CO₂, das beim Verbrenner fossiler Energieträger entsteht, komprimiert und in tiefen Gesteinsformationen verpresst. Wie sicher diese „Speicherung“ von CO₂ ist, ist nicht eindeutig geklärt. CCS ist zumindest eine umstrittene Technik, die nicht gerade für eine Energiewende steht und weiterhin den Einsatz endlicher fossiler Energien voraussetzt.

Und auch der Gesetzesartikel, der die Beihilfen für Investitionen im Bereich des Recycling regelt, sorgt für Stirnrunzeln. Die Subventionen erhalten nämlich nur Firmen, die die Abfälle fremder Unternehmen recyceln oder wiederverwerten. Solche, die - ganz im Sinne der Kreislaufwirtschaft - eigene Abfälle wiederverwerten wollen, wird die staatliche Unterstützung verwehrt. Wie es mit den Abfällen aussieht, die bei den Kund*innen anfallen, ist im Gesetz nicht erwähnt. Dabei wäre hier ja durchaus Entwicklungspotenzial vorhanden, um tatsächlich die vielbeschworene Kreislaufwirtschaft weiterzuentwickeln.

Neben den Subventionen zum Umweltschutz wurden mit dem Gesetzesprojekt auch zwei weitere Fördergesetze, die erst im Mai bzw. Juli dieses Jahres in Kraft getreten waren, abgeändert. Dies, um neuen EU-Direktiven gerecht zu werden - eine etwas kuriose Vorgehensweise, die aber ins Gesamtbild des Gesetzesprojekts passt.